

## Häftling geht gegen Betreuer vor

**THORBERG** Einem Häftling der Justizvollzugsanstalt soll trotz Schmerzen der Arztbesuch verweigert worden sein. Der Mann kündigte deshalb eine Strafanzeige gegen Anstalt und Betreuer an.

Am 27. August, einem Samstag, soll ein Insasse der Justizvollzugsanstalt Thorberg bei seinem Betreuer über starke Schmerzen im unteren Bauchbereich geklagt haben. Statt des geforderten Arztbesuchs habe er jedoch lediglich drei Schmerztabletten erhalten. Das schreibt Reform 91, die Selbsthilfeorganisation für Strafgefangene, in einem Communiqué. Am nächsten Tag habe der Mann noch stärkere Schmerzen gehabt, worauf ihm der Betreuer noch mehr Tabletten gegeben habe. Am Montag schliesslich habe der Häftling den Gesundheitsdienst der Anstalt aufsuchen dürfen, wo man ihn jedoch auf die Arztvisite vom nächsten Tag vertröstet habe. «Erst am Dienstag nachmittag wurde er notfallmässig in die Bewachungsstation des Inselspitals eingeliefert, wo die Ärzte einen Darmdurchbruch feststellten», sagt Peter Zimmermann, Präsident von Reform 91. «Wie der Häftling in einem Brief an uns darlegte, hatte er bereits 2013 einen Darmdurchbruch und daher die Symptome am 27. August richtig gedeutet und dies den Betreuern auch so mitgeteilt.»

Nach vier Tagen im Inselspital sei der Mann auf den Thorberg zurückgekehrt. «Er hat angekündigt, Strafanzeige gegen den Betreuer sowie gegen die Anstalt einzureichen», so Zimmermann. Der Vorfall sei symptomatisch für den Thorberg: «Gesundheitliche Klagen von Insassen werden stets als Gejammer abgetan.»

Thomas Freytag, Leiter des Amtes für Justizvollzug, sagt auf Anfrage, er wisse nichts von einer Anzeige. Die medizinische Versorgung sei im Thorberg stets gewährleistet. «Bei einem medizinischen Notfall wird jederzeit ein Arzt hinzugezogen.»

Andrea Sommer

## CHRISTIAN LEUMANN NEUER UNI-REKTOR



Christian Leumann, neuer Uni-Rektor und Chemie-Professor.

## «Wir sind keine

**Der neue Rektor der Universität Bern, Christian Leumann, will das Image der Hochschule verbessern. Die Universität Bern soll besser als Spitzenuniversität verkauft werden. Als Highlights nennt er die Klima- und die Weltraumforschung.**

**Herr Leumann, ihr Vorgänger, Martin Täuber, hat nach seinem Abgang gesagt, jetzt habe er wieder Zeit für die Familie und um ein Buch zu lesen. Ist das Amt des Rektors so stressig?**

**Christian Leumann:** Stressig würde ich nicht sagen, aber es ist zeit- aufwendig und intensiv. Es gibt Einbussen im Privatleben. **Sie haben als Chemiker Forschung betrieben. Dazu kommen Sie auch nicht mehr.**

Die Forschung in meinem Bereich hat sich in eine Richtung entwickelt, die man mit Spitzensport vergleichen kann. Mit einem 150-prozentigen Einsatz und mehr gelingt es, an der Spitze zu bleiben. Ein solcher Einsatz ist als Rektor nicht mehr möglich. Ich kann der Forschung im Amt als Rektor aber auch auf andere Weise dienen.

### ZUR PERSON

Der 58-jährige Christian Leumann ist seit 1. August Rektor der Universität Bern. Seit 2011 war er Vizerektor Forschung. Leumann wuchs in Arlesheim auf und studierte an der ETH Zürich Chemie. Nach einem Post-Doc an der University of California in Berkeley und fünf Jahren Forschung an der ETH Zürich wurde Christian Leumann 1993 zum Professor für bioorganische Chemie an die Universität Bern berufen. Er war Mitglied des Forschungsrates und Präsident der Abteilung für Mathematik, Natur und Ingenieurwissenschaften des Schweizerischen Nationalfonds. Leumann ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Er lebt mit seiner Frau in Bern. *sr*

### In welcher Art?

Mittels Beraterfunktionen bei den Forschenden, zum Beispiel, wo sie Forschungsgelder beantragen können. Oder wenn es darum geht, die Forschenden untereinander zu vernetzen, zum Beispiel durch Anschubfinanzierung von neuen interdisziplinären Projekten.

**Sie möchten, dass die Universität Bern künftig besser als Spitzenuniversität wahrgenommen wird. Von wem?**

Das fängt bei den Studierenden und Forschenden an. Es geht aber auch darum, weiteren Kreisen zu zeigen, welchen Wert die Uni hat, nämlich der Wirtschaft, der Politik und der Bevölkerung. Die Öffentlichkeit soll wissen, wozu sie für die Universität Geld ausgibt und welchen Wert diese Institution hat. Mir ist daran gelegen, dies via Kommunikation und Marketing besser darzustellen.

**Wie wichtig sind für Sie Rankings?**

Rankings gibt es nun mal. Sie sind aber nur einer von vielen Indikatoren, die die Leistung und Qualität einer Uni beschreiben. Man kann sich die Frage stellen, ob dies oder jenes zutrifft. Reine Zahlen interessieren mich nicht. Die übergeordnete Frage ist, ob sich aus den Rankings Dinge extrahieren lassen, die man verbessern kann.

**Und was kann man an der Universität Bern verbessern?**

Wir müssen weg vom Image einer Provinz-Universität.

**Wo sehen Sie die Highlights?**

Ein Highlight war sicher unser Beitrag im Bereich der Klimaforschung. Er hat unter anderem dazu geführt, dass die Schweiz eine wichtige Position im Weltklimarat IPCC innehat und dass die Resultate unserer Forschung in die Definition der Klimaziele eingeflossen sind. Diese wurden letztes Jahr in Paris verabschiedet. Ein weiteres Highlight ist die Rosetta-Mission zum Kometen Chury. Auch das fand internationale Beachtung.

Wir essen, trinken, musizieren, genau wie Sie, nur manchmal ein bisschen anders. Es gibt bei uns solche, die Schwyzerörgeli spielen, allerdings meist ein bisschen anders», schrieb der jensische Autor Venanz Nobel. Diese etwas andere Sicht auf scheinbar Vertrautes, diese etwas andere Kultur der Jenischen und der Sinti – sie erinnert uns an das, was die Schweiz zusammenhält: Wir sind kein Volk mit Minderheiten, wir sind ein Volk der Minderheiten. Wir sind alle «etwas anders». Was uns verbindet, ist gerade nicht eine einheitliche Sprache oder Religion. Die Vielfalt der Lebensweisen, der Kulturen, des Blickes auf die Welt: Das ist eine immense Stärke unseres Landes, denn sie bewahrt uns vor einer Verhärtung unserer Identität und vor geistiger Eindimensionalität.

Entscheidend ist natürlich auch unsere Mehrsprachigkeit. Auch das Jenische gehört bekanntlich dazu. Bundesrat und Parlament haben es im Rahmen der europäischen Sprachencharta als territorial nicht gebundene Sprache der Schweiz anerkannt.

**Wir müssen ständig herausfinden**, wer wir sind, was die Schweiz ausmacht. Das schützt uns bis zu einem gewissen Grad vor einer Politik, die sich einfach an der Mehrheit ausrichtet und dabei Minderheiten ausschliesst. Aber immun gegen eine Mentalität, die scharf zwischen «uns» und «den anderen» trennt, ist auch die vielfältige Schweiz nicht. Die erschütternde Geschichte des «Hilfs-

## Gast in der BZ



Alain Berset, Bundesrat, zur Feckerchilbi in Bern (Auszüge aus der Festrede)

### Jenische und Sinti bereichern die Schweiz

werks für die Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute zeigt uns, dass vor nicht allzu langer Zeit auch bei uns ein menschenverachtender Umgang an der Tagesordnung war. Nur weil man sich anmasste, bestimmen zu können, welche Menschen «normal» und welche nicht «normal» und damit minderwertig sind. Insgesamt wurden 586 Kinder und deren Familien Opfer dieser Verfolgung. Bis 1973 wurden im Rahmen der Aktion jensische Kinder gewaltsam von ihren Eltern getrennt und in Erziehungsheime, psychiatrische Kliniken oder Pflegefamilien untergebracht. Das deklarierte Ziel der Aktion war, die Menschen zu angepassten Mitgliedern der Gesellschaft zu machen. Tatsächlich aber wurden sie von der Gesellschaft ausgeschlossen – der jensischen und der schweizerischen.

Pro Juventute handelte nicht allein. Gemeinden, Kantone, kirchliche Institutionen haben mit dem Hilfswerk zusammengearbeitet. Auch das Bundesgericht hat die Arbeit gestützt. Vor 30 Jahren hat sich der damalige Bundespräsident Alphonse Egli im Nationalrat für all dies entschuldigt. Ein sehr wichtiger Schritt, auch wenn die Entschuldigung und die finanzielle Entschädigung das Leid der Opfer natürlich nicht ungeschehen machen können. Was wir tun können, ist, dieses düstere Kapitel allen bekannt zu machen.

**Die Schweiz hat 1998** das Übereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. Damit

wurden die schweizerischen «Fahrenden» als nationale Minderheit anerkannt. Der Bundesrat hat 2001 festgehalten, dass damit alle Jenischen und Sinti gemeint sind, unabhängig davon, ob sie fahrend leben oder nicht.

Dieses Übereinkommen ist wichtig, denn damit hat die Schweiz etwas versprochen: Die Schweizer Jenischen und Sinti müssen ihre Kultur pflegen und weiterentwickeln können. Dazu gehören die fahrende Lebensweise, genügend Stand- und Durchgangsplätze, die Sensibilisierung der Behörden und der Öffentlichkeit und die Förderung der jensischen Sprache und Kultur. So haben es Bundesrat und Parlament in der neuen Kulturbotschaft festgehalten.

**Eine Petition fordert**, dass Jenische und Sinti so genannt werden, wie sie sich selber nennen – Jenische und Sinti eben und nicht einfach «Fahrende», weil viele ja nicht fahrend leben. Ich anerkenne diese Forderung nach Selbstbezeichnung. Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Bund künftig von Jenischen und Sinti spricht. Und dass künftig auf den allgemeinen Begriff «Fahrende» verzichtet wird.

Die Petition zeigt auch: Die Jenischen und die Sinti werden zunehmend politisch aktiv. Jenische und Sinti wurden jahrzehntelang nicht ernst genommen. Ihr politisches Engagement ist deshalb nicht selbstverständlich. In den politischen Diskussionen nimmt die Frage der Stand- und Durchgangsplätze einen wichtigen Platz ein. Bundesrat und Par-

lament haben in der Kulturbotschaft deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Verhältnisse ungenügend sind und sich in den letzten 15 Jahren nicht wesentlich verbessert haben. Trotzdem sind wir heute so weit wie noch nie. Das politische Bekenntnis ist da, Behörden und Öffentlichkeit sind viel stärker sensibilisiert.

**Die Schweiz ist ein Land**, das heftig um Kompromisse ringt und das sämtliche Akteure fordert. Das sollte uns jedoch nie von harten Debatten abhalten. Denn Debatten stärken unser Land, solange der gegenseitige Respekt gegeben ist. Sie verbinden uns, solange allen bewusst ist, dass die Rechte von Minderheiten am besten in einem Rechtsstaat aufgehoben sind, in dem alle gleich behandelt werden und alle vor Diskriminierung geschützt sind.

Vorrechte – und seien sie auch noch so plausibel begründet – sind nur kurzfristige Triumphe einzelner Bevölkerungsgruppen. Aber sie beschädigen das Prinzip der Rechtsgleichheit langfristig und schaden damit sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern eines Landes. Jenische und Sinti bereichern unser Land. Durch ihre Kultur, die wir auch an der Feckerchilbi erleben dürfen. Und indem sie uns daran erinnern, was die Schweiz zusammenhält: Wir sind alle Minderheiten – sprachlich, religiös, kulturell, sozial – und finden trotzdem immer wieder zueinander.

**Mail:** stadtbern@bernerzeitung.ch